

02  
18/10/08

# Protestierer vor verschlossener Tür



**Stralsund.** Etwa 30 Demonstranten zogen Freitagmittag vom Neuen Markt zum Wahlkreisbüro Angela Merkels in der Ossenreyerstraße. Mit einem „demonstrativen Besuch“ wollten die Vertreter der Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum (ARE) und des Bundes der Neusiedlererben (BNE) von der Bundeskanzlerin Gerechtigkeit für Enteignungssopfer und jene einfordern, denen ererbtes Bodenreformland nach der Wende durch Bund und Länder entzogen wurde.

„Wir wollen die Kanzlerin an ihre Worte vom 15. Juni 1999 erinnern“, sagte Manfred Graf Schwerin von der Aktionsgemeinschaft. Er bezog sich dabei auf ein Schreiben, das der ARE vorliege, in dem Angela Merkel, damals noch CDU-Generalsekretärin, dazu aufforderte, eine rechtliche Lösung für das Problem der Neusiedlererben zu finden. „Doch diverse Erinnerungsschreiben von uns, den Worten Taten folgen zu lassen, blieben unbeantwortet“, so Graf Schwerin.

Auch gestern wurden die Protestierer nicht erhört. Als sie 516 Unterschriften für ihr Anliegen und eine „Stralsunder Erklärung“ im Wahlkreisbüro übergeben wollten, war dieses verschlossen. „Dabei haben wir unsere Aktion vorher mehrfach angekündigt, sogar auf den Anrufbeantworter gesprochen“, zeigte sich Graf Schwerin irritiert und bedauerte, dass auf diese Weise der konservative Wähleranteil unter den ARE-Mitgliedern einfach ignoriert werde. Unterschriften und Erklärung sollen die Kanzlerin nun auf anderem Wege erreichen. Am Nachmittag trafen sich die Demonstranten auf Gut Groß Behnkenhagen, um sich über rechtliche Schritte zu informieren. J. M. Infos zu ARE/BNE im Internet unter [www.are-org.de](http://www.are-org.de).

Erben von Bodenreformland protestierten gestern vorm Wahlkreisbüro von Bundeskanzlerin Angela Merkel dagegen, dass ihnen ihr Erbe von Bund und Ländern entzogen wurde und forderten Gerechtigkeit. Foto: J. M.